



Einmal trifft der Landtag dieses Jahr noch zu einer ordentlichen Sitzung zusammen – und zwar diese Woche. (Foto: Nils Vollmar)

Landtag gibt in letzter Sitzung noch ein Stimmungsbild zur Impfpflicht

Vorschau Ab Mittwoch steht die letzte Landtagssitzung des Jahres an. Gröber umstrittene Vorlagen beinhaltet die Traktandenliste nicht - viel Raum einnehmen wird aber wohl Corona und die Diskussion über das Für und Wider einer Impfpflicht.

VON DANIELA FRITZ

Am Mittwoch kommt der Landtag ein letztes Mal in diesem Jahr zu einer ordentlichen Sitzung zusammen - bevor es dann in die Winterpause geht, wird am Ende der Landesausschuss gewählt. Dieser wahrt die Rechte des Landtags bis zur Wiedereröffnung am 27. Januar. Zuerst stehen 24 Traktanden auf der Tagesordnung, «grosse Brocken» sind allerdings nicht dabei.

Am längsten - und emotionalsten - wird wohl die mittlerweile zum Usus gewordene Corona-Debatte ausfallen. In jeder Landtagssitzung können die Abgeordneten dabei ihre Fragen an die Regierung stellen, und von dieser Möglichkeit wird rege Gebrauch gemacht. Hinzu kommt, dass die Freie Liste (FL) das Thema Impfpflicht in den Fokus stellen möchte. «Dies, um auch der Forderung Rechnung zu tragen, dass der Landtag in die Meinungsbildung und Diskussion über Themen von grosser Tragweite frühzeitig eingebunden werden soll», begründete die Freie Liste. Die Regierung kann sich so ein Stimmungsbild abholen. Die FL-Fraktion verzichtete dafür auf die

Aktuelle Stunde, da dieses Gefäss für diesen Diskurs zu statisch sei. Zudem ist die Regierung dabei nicht anwesend. Selbst positionierte sich die Fraktion übrigens noch nicht zum Thema, bisher sprachen sich lediglich «Die Unabhängigen» (DU) für eine Impfpflicht aus. Bekanntermassen sind sie aber nicht mehr im Landtag vertreten.

Weitere Corona-Hilfen nötig

Beschlüsse werden beim Corona-Traktandum keine gefällt, es handelt sich lediglich um eine Information. Zumindest zu weiteren Hilfsmassnahmen darf der Landtag aber seinen Sanktus geben. Die Kurzarbeitsentschädigung läuft per Ende Jahr aus, die Regierung möchte die Geltungsdauer um ein halbes Jahr verlängern. Die bisher für die Kurzarbeitsentschädigung gesprochenen 80 Millionen Franken sind beinahe ausgeschöpft. In diesem Jahr sind gemäss Regierung nochmals mit 10 Millionen Franken und 2022 mit monatlichen Zahlungen von rund 2 Millionen Franken zu rechnen. Sie beantragt daher einen Nachtragskredit von 12 000 Franken. Dass der Landtag diese Bitte verwehrt, ist nicht zu erwarten.

Mit gröber umstrittenen Gesetzesvorlagen müssen sich die Abgeordneten - anders als im November - nicht herumschlagen. Es stehen nur ein paar erste Lesungen bevor, so sollen beispielsweise Richter und Staatsanwälte besser vor Korruption geschützt werden. Damit würde Liechtenstein einer Empfehlung der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) nachkommen. Zudem sollen die drei noch verbliebenen Zweckbindungen in der Landesrechnung aufgehoben werden, dazu gehört etwa die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe. Solche Zweckbindungen, also dass bestimmte Einnahmen für ganz bestimmte Ausgaben verwendet werden, wurden in den vergangenen Jahren sukzessive abgeschafft. Vor einem Jahr scheiterte im Landtag auch die VU mit ihrem Vorschlag, die Geldspielabgabe für die AHV zu verwenden. Es ist daher wohl keine grosse Gegenwehr für den Regierungsvorschlag zu erwarten. Für den Ottonormalbürger ist eine weitere Gesetzesvorlage vermutlich am relevantesten: Die Regierung will die amtliche Schätzung für Private einschränken, möglich ist diese dann nur noch bei der Erbteilung.

Das würde bedeuten, dass man zur Bestimmung des Marktwerts eines Grundstücks künftig tiefer in die Tasche greifen muss.

Es geht wieder um die Rente

Einmal mehr wird auch die AHV-Rente Thema im Landtag. Die Regierung hat die FBP-Interpellation zu einer möglichen Rentenanpassung beantwortet. Nun stehen dem Landtag mehr Informationen für eine vertiefte Diskussion zur Verfügung. Gemäss Regierung hält die Rente zwar mit der Preis-, aber nicht mit der Lohnentwicklung mit. Klar ist: Will der Landtag die Renten erhöhen, muss dies irgendwie finanziert werden. Zudem stehen drei Postulate an, die der Landtag der Regierung überweisen kann - oder auch nicht. Die FBP thematisiert die Klassengrössen in den Schulen und will mit einem weiteren Vorstoss erreichen, dass die staatlichen Gebäude energetisch auf Vordermann gebracht werden. Die DpL-Abgeordneten wollen die Risiken einer Stromknappheit und eines Blackouts in Liechtenstein beleuchten.